

Deutschland.

Berlin, 9. November. Die Nachricht, daß Italien die Vermittlung Preußens in der römischen Angelegenheit nachgesucht habe, ist nicht begründet. Preußen hat demnach seine bisherige von uns früher angebotene Haltung beibehalten. Es hat weder eine Veranlassung noch einen Rechtsgrund, sich Frankreich gegenüber auszusprechen, da es sich um die Ausführung einer zwischen Italien und Frankreich abgeschlossenen Konvention handelt, bei der Preußen nicht betheiligt ist. Zu Erklärungen irgend welcher Art liegt um so weniger Veranlassung vor, als Italien und Frankreich einverstanden sind, den Kirchenstaat zu erhalten. Unter den verschiedenen Auslassungen über die Vorgänge in Italien verdient die Bemerkung des „Pesther Lloyd“ hervorgehoben zu werden, daß die Aktionspartei in Italien zu dem Zwecke provoziert worden sei, damit ein absolutes Ministerium an die Spitze des Landes gestellt werden könne. — Die Session des Landtages wird einige Tage früher, als anfangs beabsichtigt war, eröffnet werden. Es hängt dies mit dem Wunsche der Regierung zusammen, die Einberufung des Zollparlamentes so früh als möglich erfolgen zu lassen. Je früher aber der Landtag zusammentritt und seine Geschäfte erledigt, um so eher wird auch das Zollparlament seine Thätigkeit beginnen können. Das Zollparlament aber wird schon durch die Befestigung der wirtschaftlichen Solidarität zwischen dem Norden und Süden dazu beitragen, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit Deutschlands noch mehr zu stärken und der vollen nationalen Entwicklung d. s. s. die Bahnen immer weiter zu ebener. — Das Wahleresultat ist so gut wie vollständig bekannt. Von den Wahlen sind etwa 190 auf Konservative (davon gegen 160 auf Altkonservative und einige 30 auf Freikonservative), 30 auf Altliberale, 90—100 auf National-Liberale, 30 auf Männer des ehemaligen linken Centrums, 40 auf Fortschrittler, 12—15 auf Katholiken und 15 auf Polen gefallen. Zehn Abgeordnete aus den neuen Landesteilen sind nach den in den alten Provinzen vorhandenen Parteien nicht zu klassifizieren und dürften einen mehr partikularen Standpunkt einnehmen, während der politische Standpunkt einer kleinen Anzahl Abgeordneter noch vollständig unbekannt ist. Bemerkenswert mag noch werden, daß Graf Schwerin 4 Mal gewählt und daß außerdem 11 Doppelwahlen vorgekommen sind. Die konservative Partei hat hiernach einen Zuwachs von 50 Stimmen erhalten, die Altliberalen treten verstärkt, die National-Liberale mit einer ähnlichen Zahl, wie im Reichstage, ins Haus, dagegen hat die alte Opposition, wenn man dazu die Fortschrittspartei und das linke Centrum rechnet, eine Einbuße von 70 Stimmen erlitten, die um so erheblicher erscheint, als das Abgeordnetenhaus um 80 Mitglieder aus den neuen Landesteilen vermehrt, jetzt also nicht mehr 352, sondern 432 Mitglieder zählt. Die demokratischen Blätter sind denn auch ziemlich kleinlaut und suchen ihren Kummer über die Betrachtungen von dem Ausfall der Wahlen in Berlin und in einigen größeren Städten zu vergessen.

Berlin, 9. November. Se. Majestät der König wohnte am Freitag Abend der Vorstellung im Schauspielhaus bei und begab sich darauf nach Schloß Bellevue, woselbst mit S. K. H. der Frau Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin und anderen hohen Herrschaften der Thee und das Souper eingenommen wurde. Hierauf verabfolgte sich die Frau Großherzogin, übernachtete im hiesigen Schlosse und reiste Sonnabend Morgen nach Schwerin zurück. — Sonnabend Morgen empfing Se. Majestät der König zunächst, im Besirce des Gouverneurs Grafen Waldersee, des Stadtkommandanten v. Alvensleben, mehrere Militärs, unter ihnen auch den Oberstleutnant v. Eberhardt, welcher die Urden seines verstorbenen Vaters, des Generals v. Eberhardt, überbrachte. Hierauf folgten die Vorträge des Ober-Hof- und Hausmarschalls Grafen Pückler, des Militär- und Civilcabinetts, des Geh. Hofrathes Bork. — Mittags hatte der Hofphotograph Max Plaum die Ehre, die kürzlich aufgenommenen Photographien zu überreichen und eine neue Aufnahme auszuführen, welche Se. Maj. den König in großer Generals-Uniform darstellt. Sodann arbeitete Se. Maj. der König mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und empfing den aus München hier eingetroffenen Grafen Tauffkirchen, welcher auch zur Tafel gezogen wurde, zu der außerdem geladen waren S. K. H. die Prinzen Georg und Adalbert, sowie die Minister v. v. Heydt und Graf Tzenpliz, der Oberst-Kämmerer Graf Rebern, der Prinz Hohenlohe-Langenburg, die Generale v. Brauchitsch und v. Poddbielski und mehrere hier anwesende Regiments-Kommandeure. Abends wohnte Se. Maj. mit S. K. H. dem Prinzen Karl der Vorstellung im Opernhause bei. — Heute Morgen arbeitete Allerhöchstdieselbe mehrere Stunden, empfing hierauf den Reisenden Gerhard Rohlf, welcher bekanntlich nach Abyssinien abgeht, ließ sich dann von dem Hausminister v. Schleinitz, dem Geh. Cabinetsrath v. Mühlner u. s. w. Vorträge halten und begab sich dann Mittags 1 Uhr per Extrazug nach Leplingen.

Die Spielbankfrage scheint nunmehr sehr rasch ihrer Erledigung entgegenzugehen. Geheimer Ober-Regierungsrath Wohlers befindet sich seit einigen Tagen wieder in Wiesbaden und führt die Verhandlungen mit dem von den Aktionären niedergesetzten Comité. Nach Andeutungen von unterrichteter Seite dürfte das Spiel, mit Rücksicht auf die sozialen Verhältnisse der Kurstadt, noch bis Ende 1875 verlängert werden. Dieser Termin ist notwendig, um einer Häuferteile, namentlich in Ems und noch mehr in Homburg, vorzubeugen. Wiesbaden würde weniger als Ems und Homburg bei dem Wegfall des Spiels zu leiden haben, aber eine Entwerthung des Grundeigentums würde jedenfalls bis auf die Hälfte eintreten. Das Spiel selbst braucht, um die Tageskosten zu decken, gegen 750,000 Thlr. jährlich; eine Menge Employés mit ihren Familien würde brotlos und müßte demzufolge Wiesbaden verlassen, so daß eine plötzliche Aufhebung des Spiels eine kleine

Völkerwanderung veranlassen würde. Alle diese Gründe und namentlich auch der, daß die Staatskasse für die Erhaltung der Gebäulichkeiten in Mitleidenschaft gezogen würde, dürfte den Fortbestand des Spiels auf mehrere Jahre, wenn auch nicht rechtfertigen, so doch entschuldigen.

Der König wird, wie die „Zeidl. Corr.“ vernimmt, selbst den Landtag eröffnen. — In unterrichteten Kreisen schätzt man die voraussichtliche Dauer des Landtages auf etwas über zwei Monate.

Im Ministerium des Innern wird, der „Zeidl. Corr.“ zufolge, ein preussisches Indigenatgesetz und außerdem eine Reihe kleinerer Gesetze zur völligen Ausgleichung der Rechtsverhältnisse in den alten und neuen Provinzen zur Vorlegung an den Landtag vorbereitet. Die Nachricht, daß dem Landtage schon in seiner ersten Session ein neues Wahlgesetz vorgelegt werden sollte, ist jedenfalls verfrüht. Dagegen verlautet allerdings, daß noch in dieser Session der Entwurf einer neuen Kreisordnung zur Vorlegung gelangen wird.

Augenblicklich werden über die staatsrechtliche Stellung der sogenannten mediatisirten Fürsten innerhalb des norddeutschen Bundes in unserem Staatsministerium Verhandlungen gepflogen, welche voraussichtlich bald zu einem definitiven Abschluß gelangen werden.

Dem Vernehmen nach hat der Justizminister die Absicht, dem Landtage einen Gesetzentwurf zur Erleichterung von hypothekarischen Darlehen aus dem Generaldepositorium vorzulegen.

Nach einer Verfügung des Provinzialschulcollegiums soll, wie die „Voss. Z.“ meldet, den Kandidaten des höheren Schulamts künftig die Absolvierung des Probejahres nicht lediglich bescheinigt werden, sondern sie sollen über ihre Thätigkeit ein Attest empfangen, welches den Prüfungszeugnissen hinzuzufügen ist und welches von den Ordinarien der Klassen, in welchen sie thätig gewesen sind, ebensowohl wie von den Fachlehrern des Gegenstandes, welcher ihnen anvertraut wurde, unterschrieben werden muß, woraus diesen von selbst die Verpflichtung erwächst, von der Thätigkeit und den Leistungen der Kandidaten Kenntnis zu nehmen.

Das Kriegsministerium hat in Betreff des Tragens der Kofarden an den Kopfbedeckungen für die Bundescontingente angeordnet, daß in allen Fällen, wo nach den abgeschlossenen Konventionen die bezügliche Landeskofarde neben der preussischen anzulegen ist, an den Helmen die erstere an der linken, die preussische an der rechten Seite, dagegen an der Mütze die Landeskofarde über der preussischen getragen werden soll.

Die „Morning Post“ will übereinstimmend mit der gestern telegraphisch gemeldeten Angabe der „Liberé“ wissen, daß der Kardinal Antonelli offiziell die Erklärung abgegeben habe, daß der Papst weder an einer Konferenz Theil nehmen, noch die Resultate irgend einer solchen acceptiren werde, welche dem heiligen Stuhle nicht die Kirchenstaaten zurückgäbe, die Piemont sich angeeignet habe.

Die Papstarten für das Jahr 1868 sind bereits im Druck vollendet und von hellgrüner Farbe. Man ist bei den Behörden der Ansicht, daß der Verbrauch derselben im nächsten Jahre ein weit geringerer sein wird, als früher, weil, nach Aufhebung des Pajzwanges in den norddeutschen Bundesstaaten, Niemand mehr verpflichtet ist, falls er sich auf andere Weise über seine Person zu legitimiren vermag, sich zu seinem Aufenthalt in diesen Staaten mit einem Passe oder einer Papstarte zu versehen.

Die Stadt Hannover hat den Stadtdirektor Rasch als Repräsentanten für das Herrenhaus präsentirt.

An die Gerichtsbehörden im Bezirke des Appellationsgerichts zu Köln ist unterm 22. v. M. folgende Verfügung des Justizministers ergangen: „Bei den Gerichten im Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Köln sind Zweifel darüber entstanden, ob in Prozessen über die Frage, welcher von zwei streitenden Gemeinden die Verpflegung eines Armen obliege, ein Erkenntnißstempel zu verwenden sei. Um in Beziehung auf diesen Gegenstand ein gleichmäßiges Verfahren herbeizuführen, wird den Gerichten in dem gedachten Bezirke in Uebereinstimmung mit dem Herrn Finanzminister hiedurch eröffnet, daß derartige Prozesse, da sie die Armen-Angelegenheiten der streitenden Gemeinden betreffen, auf Grund der Allerhöchsten Ordre vom 18. August 1841 stempelfrei zu behandeln sind.“

Es scheint sich zu bestätigen, daß, wenn Frankreich einen Schritt wegen der Konferenz thun sollte, es sich um eine Konferenz wegen der römischen Angelegenheit ohne bestimmt formulirtes Programm handeln würde. Bis in die letzte Zeit waren die meisten Regierungen einer Konferenz abgeneigt. Die von mehreren Blättern gemeldete Nachricht, Italien habe neuerdings Preußens Vermittlung nachgesucht, welche dies abgelehnt, ist vollständig unbegründet. Die Nachricht hat nicht den geringsten Anhaltspunkt. Italien hat keineswegs diesen Schritt gethan.

Auf der letzten Konferenz des norddeutschen Eisenbahnverbandes sind einige wichtige Neuerungen bestimmt worden. Es ward nämlich beschlossen, die Personenwagen mit Eintritt dieses Winters heizbar zu machen, und zwar nicht nur die Wagen erster und zweiter, sondern auch die dritter und vierter Klasse. Der Heizapparat ist so eingerichtet, daß die Leitungen leicht durch alle Wagen des Zuges fortgeführt werden können und zugleich wird es durch die in einzelnen Waggons angebrachten Kupferrohre möglich sein, die Wärme zu erhöhen oder zu vermindern. Gleichzeitig wird, indeß nur versuchsweise, die Einrichtung getroffen werden, daß die Personenzüge des norddeutschen Verbandes eine Restauration und Closets mitführen.

Darmstadt, 9. November. Sicherem Vernehmen nach hat sich der Großherzog in der Frage der Odenwaldbahn für die Richtung Darmstadt-Neinheim nach dem Vorschlage der hessischen Ludwigsbahn-Gesellschaft entschieden.

Karlsruhe, 4. Nov. Auf Ecardt's Interpellation erwiderte der Kriegs-Minister General-Lieutenant Ludwig Namens der großherzoglichen Regierung: 1) Die Staats-Regierung hat nie den Grundsatz aufgestellt oder befolgt, daß ein aus dem Unteroffiziersstand avancirter Offizier nicht zum Stabsoffizier vordrücken könne. Jedem Offizier, ohne Rücksicht auf die Art seines Zugangs, steht das Vordrücken in die obersten Chargen nach Art seiner Befähigung offen. Es sind keine Eröffnungen an Offiziere gemacht worden, worin sie auf Grund ihres Zugangs aus dem Unteroffiziersstand für grundsätzlich nicht zum Stabsoffizier geeignet erklärt werden. 2) Es besteht keine Vorschrift darüber, daß die Eröffnung an einen Offizier: „er werde nicht zur Beförderung zum Stabsoffizier vorgeschlagen werden“, von dem Betreffenden als stillschweigende Anforderung, die Pensionirung nachzusuchen, aufzufassen sei. 3) Bei allen Pensionirungen, mögen dieselben im Interesse des Dienstes oder auf Ansuchen des Betreffenden verfügt werden, wird nach den bestehenden Gesetzen und den eben dargelegten Maximen verfahren.

Ausland.

Wien, 9. November. Gestern fanden abermals Demonstrationen in der Universtat statt. Die Professoren Stein, Unger, Lorenz wurden mit Juristen, Prof. Pachmann mit Meisen empfangen. Ein Student forderte, den „Volksfreund“ in der Hand, den Prof. Pachmann auf, eine Vertheidigung des Konkordats vorzulesen. Arnolds erschien nicht, Rektor Hajner erließ eine Kundmachung, in welcher er die Demonstration tief beklagt. Die Studenten verfaßten eine Adresse um Aufhebung des Konkordats und berufen sich auf das Beispiel der Studenten von 1848. „Wir wollen — heißt es darin — ihrer würdig sein, wenn auch nicht ihre Wege gehen. Noch führt der Weihbischof und das Konsistorium das große Wort, die Wissenschaft soll konfessionell sein, durch den kirchlichen Druck werden der Universtat die besten Kräfte entfremdet. Wir wollen Lehr- und Gewissensfreiheit, wir kennen keine katholische Universtat.“ Mühlfeld, dem diese Adresse überreicht wird, soll Ovationen von Seite der Studenten erhalten.

Wien, 9. November. Bezüglich der Mittheilung der „Londoner Pallmall-Gazette“, Freiherr v. Buß habe in London bei seinem Verkehre mit den englischen Staatsmännern Eindrücke gewonnen, in Folge deren er es vermeiden, sich in Paris irgendwie zu engagiren — ist die „Wiener Abendpost“ zu der Erklärung ermächtigt, daß dieselbe auf unrichtigen Voraussetzungen beruhe. — Die „Wiener Korrespondenz“ schreibt: Den neuesten Meldungen zufolge erscheint die Auslieferung der Leiche Kaiser Maximilian's kaum mehr zweifelhaft.

Bern, 6. November. Laut Meldung des Präsidenten des internationalen Hilfecomité's für die Pflege und Heilung der auf den Schlachtfeldern verwundeten Militärs, des Herrn Moynier, hegt man, da die päpstliche Regierung seiner Zeit den Beitritt zu dem in Genf beschlossenen Sanitäts-Konkordat verweigert hatte, in Betreff des Hilfspersonal, welches sich während der letzten Ereignisse auf römischem Gebiete befand, einiger Maßen Besorgniß, daher Herr Moynier den Bundesrath um seine Intervention zu Gunsten desselben ersucht. In seiner heutigen Sitzung beschloß der Bundesrath, diesem Gesuche zu entsprechen und an den päpstlichen Nuntius in Luzern ein bezügliches Schreiben zu richten. Eine andere mit den Ereignissen der letzten Tage in dem Kirchenstaat in Verbindung stehende Mittheilung ging dem Bundesrath durch seinen Minister in Florenz, den Herrn Pioda, zu. Herr Pioda berichtet nämlich, daß sich unter den 300 Gefangenen, welche Garibaldi bei Monterotondo gemacht hat und die nach Florenz geschickt wurden, auch eine ziemlich Anzahl Schweizer befindet. Wie Herr Pioda mittheilt, wurden diese Leute, da die italienische Regierung mit dem Papste keinen Krieg führe, jedoch durchaus nicht als Kriegsgefangene betrachtet, sondern einfach nach Hause gewiesen und hierzu sogar mit dem nothwendigen Reisegeld versehen.

Paris, 10. November. Der „Moniteur“ veröffentlicht telegraphische Depeschen des Generals Falley, die in Rom am 9. November aufgegeben worden. Ueber den Kampf bei Mentana Bericht erhaltend, sagt der General: Die Insurrektion hatte Monterotondo als Hauptquartier; General Garibaldi leitete die Konzentration der Schaaren. Es war Zeit zu handeln und einen kräftigen Schlag zu führen. Ich beorderte gegen Monterotondo 3000 Mann päpstlicher, 2000 Mann französischer Truppen, 5 Bataillone. Die päpstliche Kolonne hatte sich die Ehre des Hauptangriffes erbeten. Die Franzosen, welche die Reserve bildeten, unterstützten den Angriff durch ein Manöver gegen beide Flanken des Feindes. Die allirten Truppen, um 5 Uhr Morgens am 3. November abmarschirt, standen eine Stunde lang Angesichts der feindlichen Vorposten. Ein heftiges Gefecht entspann sich unter den Mauern von Mentana; Alle thaten tapfer ihre Pflicht. Nach vierstündigem Kampfe, als die Nacht herannahte, machten die Päpstlichen, unterstützt von den beiden französischen Flügeln, einen Angriff auf Mentana. Die Dunkelheit verhinderte den vollständigen Erfolg. Es wurde verabredet, den Angriff am folgenden Morgen zu erneuern; doch zeigte sich bei Tagesanbruch eine parlamentarische Schlage. Die Besatzung von Mentana erbietet sich, die Waffen niederzulegen und sich zurückzuziehen; sofort marschiren unsere Truppen auf Mentana vor, welches sie geräumt finden. Die feindlichen Positionen waren sehr stark. Unsere Verluste beschränken sich auf 2 Tödtete und 38 Verwundete, unter den letzteren 2 Offiziere; die Päpstlichen hatten 20 Tödtete und 123 Verwundete. Von den Garibaldianern blieben 600 Tödtete auf dem Schlachtfelde. Sie hatten außerdem Verwundete im Verhältniß. Der nach Rom gebrachten Gefangenen waren 1600, und 700 wurden über die Grenzen zurückgeschickt. Rom ist vor allen Drohungen sicher gestellt. Der Kopf des Aufstandes ist zertreten.

